

## „Das muss drin sein!“ – Start der Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben

10 Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen „Erfolge“. Aber wie sehen die aus? 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Ein Drittel der Bevölkerung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Prekär heißt „unsicher“ und „unplanbar“. Für Viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu kommen, auch weil Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden. Wer neu ins Berufsleben einsteigt, landet in Schleifen befristeter Verträge oder in Werkverträgen ohne Sozialversicherung. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit und in Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Ob auf der Suche nach Arbeit, dem nächsten Projekt oder weil die Arbeit nicht enden will: die Zeit für Freundinnen und Freunde, für die Familie wird weniger. Wer sich un- oder unterbezahlt um Kinder, Kranke oder pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät schnell an die Belastungsgrenzen. Viele kennen aus leidvoller Erfahrung die Folgen des politisch erzeugten Kostendrucks und Personalmangels in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. In einem reichen Land werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen wird der gleiche Zugang zu guter Arbeit, zu Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Erwerbslose werden durch die Sanktionen der Jobcenter gegängelt. Menschen mit Behinderungen arbeiten in Werkstätten für Niedriglöhne - für sie gilt der Mindestlohn nicht! Besonders prekär ist auch die Situation von Flüchtlingen, die um ihr Bleiberecht kämpfen müssen. Das prekäre Leben hat viele Gesichter - gemeinsam haben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr zu einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfahrungen vieler Menschen, aber es ist ein gesellschaftliches Problem: Prekarität ist längst fester Bestandteil des flexiblen Kapitalismus geworden. Wenn die Bundesregierung vom deutschen Erfolgsmodell spricht, dann sind damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint!

Wir wollen diese Zumutungen des prekären Arbeitens und Lebens nicht einfach



hinnehmen, wir wollen uns gemeinsam wehren! Als linke Partei laden wir alle ein, gemeinsam Druck zu machen für das, was in einem reichen Land selbstverständlich sein sollte:

1. Befristung und Leiharbeit stoppen. Viele, vor allem junge Menschen hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.
  2. Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.
  3. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.
  4. Wohnung und Energie bezahlbar machen. Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.
  5. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.
- Wir meinen: Das muss drin sein - gerade in einem reichen Land wie unserem, in dem das obere 1 Prozent der Superreichen fast ein Drittel des gesamten Privatvermögens

besitzt!

Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durchsetzen möchte, braucht gute Ideen und einen langen Atem. Das haben wir. Beim Mindestlohn haben wir zusammen mit Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Verbänden viele Jahre lang Druck gemacht. Am Ende kam auch die CDU-geführte Bundesregierung trotz der skandalösen Ausnahmen nicht mehr an der gesellschaftlichen Mehrheit für den Mindestlohn vorbei.

Unsere Kampagne soll kein Strohfeuer sein, sondern ist auf mehrere Jahre angelegt. Das wichtigste ist: Die Kampagne besteht aus vielen kleinen Kampagnen, in denen Menschen ihre Wünsche, Ideen und Interessen einbringen und sich engagieren! Wir laden Alle ein mitzumachen - dafür gibt es viele Möglichkeiten.

[www.das-muss-drin-sein.de](http://www.das-muss-drin-sein.de)

### Inhalt:

Seite 1

„Das muss drin sein!“ – Start der Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben

Seite 2

Zum 70. Jahrestag des Endes Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus

Seite 3

Staßfurt bekommt keine Oberbürgermeisterin mit Herz und Verstand

Ortsversammlung Bernburg

Seite 4

Kreistagsfraktion kritisiert Heizkostenrichtlinie des Salzlandkreises

Bernburger Stadtratsfraktion vor Ort

Seite 5

Bestattungsgesetz in Sachsen-Anhalt noch zeitgemäß?

Schulklasse zu Besuch im Landtag

Seite 6

Wer ist wo willkommen

Prof. Kaufmann beim Bernburger Erwerbslosenfrühstück

Seite 7

Bundestagsinfomobil und Scheckübergabe in Bernburg

Frauentag in Könnern

Seniorenkolleg in Bernburg

# Zum 70. Jahrestag des Endes Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai 1945, also vor 70 Jahren kapituliert die deutsche Wehrmacht bedingungslos gegenüber den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Sowjetunion, USA und Großbritannien. Damit endete in Europa nach fünf Jahren und acht Monaten der verheerendste aller bisherigen Kriege und das deutsche sowie weitere europäische Völker waren vom Faschismus befreit.

Der Faschismus, verkörpert vor allem durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), die aber weder sozialistische Ziele verfolgte noch eine Arbeiterpartei war, war totalitär, rassistisch, demagogisch, menschenfeindlich und aggressiv. Ständig propagierte er seinen Antikommunismus und Antisemitismus. Als seine grundlegenden Ziele verkündete er die glücklicherweise nie erreichte Eroberung der Weltherrschaft und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. In der Partei, aber nicht nur dort, herrschte das „Führerprinzip“. Adolf Hitler, „der Führer“ galt als unfehlbar, und er glaubte auch wohl selbst daran.

Nachdem Hitler am 30. Januar 1933 durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler berufen worden war, begann er sofort mit dem Ausbau seiner Macht und der Kriegsvorbereitung. Dabei versicherte er sich in zahlreichen Gesprächen der Unterstützung der Generalität und der führenden Konzern- und Bankherren. Zur Diskriminierung vor allem der KPD wurde am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand organisiert. Mit dem am 24. März 1933 verabschiedeten Ermächtigungsgesetz erhielt die Regierung Rechte, die nach der Verfassung dem Reichstag zustanden. Nach der Reichstagswahl am 5. März 1933, bei der die KPD als drittstärkste Partei 81 Sitze gewann, wurden diese mit Unterstützung aller anderen Parteien, außer der SPD, annulliert. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten, und kurz darauf lösten sich alle bürgerlichen Parteien selbst auf. Die Gründung neuer Parteien wurde verboten. Unmittelbar nach dem Tod Hindenburgs übernahm Hitler am 2. August 1934, jetzt als „Führer und Reichskanzler“ auch das Amt des Staatsoberhauptes. Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Kriegsvorbereitung war die am 16. März 1935 erfolgte Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. In allen diesen Jahren ging die Produktion moderner Waffen zügig voran, und die Verfolgung von Hitlergegnern, wozu immer mehr sogenannte Konzentrationslager (KZ) errichtet wurden, nahm ständig schärfere Formen an. Mit dem Einmarsch in Österreich am 12. März 1938 und in die Tschechoslowakei



Foto: Andreas Steinhoff, Sowjetisches Ehrenmal Treptow

am 15. März 1939 erfolgten die ersten Annexionen des deutschen Faschismus.

Am 1. September 1939 begann dann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Die militärisch weit unterlegenen polnischen Truppen leisteten zwar einen erbitterten Widerstand, aber mit der Kapitulation Warschaws am 27. September war der Krieg für Polen verloren. Deutschland eignete sich die 1919 verlorenen Gebiete wieder an und die Sowjetunion die 1921 verlorenen ebenfalls.

In der nächsten Etappe des Krieges, die im April 1940 begann, wurden zuerst Dänemark und Norwegen besetzt, woran sich ab Mai 1940 der Überfall auf Luxemburg, die Niederlande, Belgien und Frankreich anschloß, und die Wehrmacht im April 1941 in Jugoslawien und Griechenland einmarschierte.

Mit diesem relativ leicht errungenen Siegen („Blitzkriege“) verlor die faschistische Führung jeden Sinn für die Realität. Als am 22. Juni 1941 unter Bruch des Nichtangriffspaktes vom 22. August 1939 ihre Truppen in die Sowjetunion einfielen, konnten diese zwar zunächst weit ins Landesinnere vordringen, aber bereits die erste große Niederlage im Dezember 1941 in der Schlacht bei Moskau durchkreuzte Hitlers Blitzkriegsstrategie. Und mit der verlorenen Schlacht um Stalingrad Anfang Februar 1943 war die große Wende in diesem Krieg endgültig vollzogen. Daran konnten auch die Verkündung vom „totalen Krieg“ und solche Aufgebote wie der „Volkssturm“ nichts mehr ändern. Im Herbst 1944 überschritten die sowjetischen Truppen in Ostpreußen die deutsche Grenze, und Ende April ging mit der Schlacht um Berlin der Krieg zu Ende, nachdem der westliche Teil Deutschlands durch die Westmächte befreit worden

war, die am 6. Juni 1944 in der Normandie (Frankreich) die 2. Front eröffnet hatten. Vor allem deutsche Kommunisten und linke Sozialdemokraten, aber auch bürgerliche Demokraten und Vertreter der Kirche hatten von Anfang an gegen den Faschismus gekämpft. Mit dessen Machtübernahme setzten viele den Kampf in der Illegalität fort, wobei ein großer Teil sein Leben verlor. Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist ein Grund, auch ihrer zu gedenken.

Ein Höhepunkt im antifaschistischen Widerstandskampf war die auf Initiative der KPD am 12. und 13. Juli in Krasnojarsk bei Moskau erfolgte Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD). Ihm gehörten außer in die Sowjetunion emigrierten Kommunisten vor allem antifaschistisch eingestellte Kriegsgefangene an. Seine Aufgabe sah es darin, das deutsche Volk zum Sturz Hitlers und zur Beendigung des Krieges aufzurufen und für ein freies demokratisches Deutschland zu wirken. Bevollmächtigte des NKFD bemühten sich an den Fronten, den Soldaten diese Ziele zu erläutern.

Was der imperialistische Zweite Weltkrieg an Opfern forderte und wieviel Leid, Not und Elend er über die Menschen brachte, kann in Worten nur schwer ausgedrückt werden. Etwa 55 Millionen Tote, davon etwa die Hälfte in der Sowjetunion, bedeuten die Zerstörung von 55 Millionen einzelnen, jeweils einmaligen Leben. Dazu kommen weitere viele Millionen Verletzte und ungeheure materielle Zerstörungen. Auf der anderen Seite haben Konzerne und Großbanken vom Krieg profitiert.

Wie nach dem Ersten Weltkrieg gab es auch nach diesem einschneidende Veränderungen in Deutschland und Europa. Deutschland wurde von den Siegermächten besetzt, und die Gebiete östlich von Oder und Neiße (Ostpreußen, Hinterpommern, Schlesien) wurden Polen zugesprochen, das ebenso wie Österreich und die CSR wieder ein selbständiger Staat wurde. Die in den Einflußbereich der Sowjetunion gelangten mittel- und osteuropäischen Staaten begannen mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung.

Der Faschismus hat seine Ziele nicht erreicht. Er hat sich mit diesem Krieg in seinen eigenen Untergang geführt. Ich halte den Sieg der Alliierten über ihn und damit die Befreiung vieler Völker von ihm (woran die Sowjetunion den größten Anteil hatte), für das herausragendste geschichtliche Ereignis des 20. Jahrhunderts. Als Verpflichtung für uns ergibt sich daraus, alle neofaschistischen Entwicklungen zu verhindern.

Friedrich Schütz

# Staßfurt bekommt keine Oberbürgermeisterin mit Herz und Verstand

Politik mit Herz und Verstand zu machen, das war das Angebot der einzigen weiblichen Kandidatin der 7 Bewerber zur Staßfurter Oberbürgermeisterwahl am 29.3.2015. Die Staßfurter LINKE hatte dazu die parteilose Rechtsanwältin Simona Rössing ins Rennen geschickt. LINKE Straßengespräche, Winterferienaktionen, Tierpatenschaft, Vereinsbesuche, Feuerwehrdialog, Sporthallenbesuch, Frauenpowerfrühstück am 8. März, Spendenaufruf, die Aktion Marktfrau, der Einsatz von Schokolade, eigenem Plakat, Flyer, Videowand, Anzeigen, Internet, Facebook, Interviewterminen, Veranstaltungen zum Arbeitsrecht, zum Thema Patientenrechte und Vorsorgevollmacht skizzierten den umfangreichen Wahlkampfkalender von Simona Rössing, den Ralf-P. Schmidt als Wahlkampfmanager mit seinem 5er Team führte. Auch Informationsbesuche bei LINKEN Bürgermeistern in Halberstadt und Wanzleben gehörten in den Terminkalender der Kandidatin, die immer wieder betonte, dass sie sich als Netzwerkerin für Staßfurt verstehe, auf Grund ihrer anwaltlichen Erfahrung konkurrierende Interessenslagen zusammenbringen kann und lösungsfokussiert vorgehen werde. Doch am 29.03.2015 erlangte DIE LINKE mit ihrer parteilosen Kandidatin lediglich, wenn auch knapp hinter Platz 3, Platz 4. Die Stimmung auf der Wahlparty war entsprechend. Viele Hoffnungen, insbesondere die durch DIE LINKE aufgegriffene



## Mit Herz & Verstand

FÜR EIN LEBENSWERTES STAßFURT  
UND SEINE ORTSCHAFTEN

unterstützt von der Partei **DIE LINKE.**

Foto: privat

Wahlplakat Simona Roessing

Wechselstimmung verging wie eine Seifenblase. Und trotzdem darf positiv bilanziert werden: Simona Rössing und DIE LINKE haben einen fairen Wahlkampf geführt, der sich als Angebot an die Staßfurter verstand. Gegenüber der Oberbürgermeisterwahl 2008, wo DIE LINKE mit Bianca Görke 7,6% einfuhr, konnte nun in 2015 mit 16,44% ein mehr als verdoppeltes Ergebnis verbucht werden. Und neu war auch, dass dieser Wahl-

kampf nach einem Spendenaufruf mit knapp 2.000,00 € Spenden durch Mitglieder und Sympathisanten seine Unterstützung fand. DANKE!

Aber auch kritische Fragen müssen im Zusammenhang mit der Auswertung der Wahl gestellt werden: Schafft es DIE LINKE perspektivisch aus eigener Kraft Plakatierung und Materialverteilung, Infostände bei einer alternden Mitgliedschaft allein zu stämmen? Und: Ist DIE LINKE entsprechend ihres pluralistische Ansatzes aktuell bereits reif genug, eine parteilose Kandidatin ohne wenn und aber zu unterstützen? Diesen Fragen sollte sich der Staßfurter Ortsverband stellen!

Doch heute ist besonders unserer Kandidatin Simona Rössing für ihren Einsatz, ihre Bereitschaft, ihr Durchhaltevermögen und ihren respektvollen Umgang mit den kritischen Positionen in und außerhalb der Partei zu danken. Wir hoffen Simona, dass wir fachlich und kommunalpolitisch weiter auf Dich setzen dürfen!

*Ralf-P. Schmidt, Verantwortlicher Wahlkampfmanagement  
OB-Wahl Staßfurt*

Anmerkung: Zur Stichwahl am 12.04.2015 hatten die Staßfurter die Wahl zwischen Amtsinhaber René Zok (parteilos) und Sven Wagner (SPD). DIE LINKE hat dazu keine Wahlempfehlung abgegeben. Sven Wagner konnte sich bei der Wahl durchsetzen.

# Ortsversammlung in Bernburg

Am 18. März trafen sich 18 Mitglieder und 1 Gast in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, um über aktuelle Themen zu diskutieren. Die etwas geringere Teilnehmerzahl war diesmal einem hohen Krankenstand geschuldet.

Vom Ortsvorsitzenden Jörg Lemmert wurde ein Rückblick über die bisher geleistete Arbeit des Ortsvorstandes gegeben. Dieser braucht sich mit seinen Aktivitäten nicht zu verstecken: Info-Stände und Unterschriftensammlungen gab es u. a. beim Kampf gegen den geplanten Schlachthof und gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP. Vertreter des Ortsvorstandes übergaben auch einen Scheck für die Finanzierung der Kinderstadt „Bärenhausen“ an die Stiftung Evangelische Jugendhilfe. Das Engagement reicht von der Organisation der Bernburger Frauentagsfeier bis hin zur gemeinsamen Veranstaltung mit dem DGB am 1. Mai, dem Kutterrudern oder „Kick gegen Rechts“. Ebenso wird regelmäßig die Arbeit unserer bei-

den Abgeordneten Birke Bull und Jan Korte unterstützt. Im vorigen Jahr galt es auch, die Wahlkämpfe zu den Kommunal- und Europa-Wahlen, sowie der OB-Wahl zu unterstützen. Alle Aktivitäten aufzuführen wäre unmöglich. Der Ortsvorstand trifft sich regelmäßig alle vier Wochen im Bernburger Abgeordnetenbüro, um weitere Pläne zu besprechen und zu organisieren. Die Sitzungen sind öffentlich, es kann jeder Interessierte daran teilnehmen.

Nach dieser Rückschau wurde der Blick nach vorn gerichtet. Hauptaugenmerk liegt auf der Landtagswahl 2016. Zu diesem Thema wird es am 30.03.2015 in Köthen eine Regionalkonferenz geben, bei der eine Themensammlung für den bevorstehenden Wahlkampf vorgestellt wird. Vertreter des Ortsvorstandes werden natürlich anwesend sein. Die 1. Mai-Veranstaltung wird traditionell auf dem Bernburger Karlsplatz stattfinden, auch wird es wieder eine Kranzniederlegung auf dem Martinsplatz am 8. Mai geben. Alle

Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich dazu eingeladen.

Weiterhin gab es einen kleinen Bericht über die Arbeit der Stadtratsfraktion. Da auch der Fraktionsvorsitzende Udo Riedel zur Ortsversammlung aus gesundheitlichen Gründen nicht erscheinen konnte, übernahm diese Aufgabe Eberhard Balzer. In groben Zügen umriss er die Themen, die aktuell in der Fraktion anliegen.

Das Hauptanliegen an diesem Abend war jedoch der Beschluss der Satzung für den Ortsverband Bernburg. Der Ortsvorstand entsprach dem Antrag von Andreas Fräßdorf und erarbeitete eine entsprechende Satzung, welche den Mitgliedern zur Diskussion vorgelegt wurde. Nachdem alle Änderungs- u. Ergänzungsanträge abgearbeitet waren, wurde die Satzung in der jetzt vorliegenden Form von den Mitgliedern einstimmig beschlossen.

*Elke Rehmann, stellv. Ortsvorsitzende*



# Kreistagsfraktion kritisiert Heizkostenrichtlinie des Salzlandkreises

Im März beschäftigte sich der Betriebsausschuss des Jobcenters mit der Fortschreibung des sogenannten „Schlüssigen Konzeptes“, aus dem für die SGB II- und SGB XII-Betroffenen im Salzlandkreis die „angemessenen“ Kosten der Unterkunft abgeleitet werden.

Neben einer geringen Erhöhung der Werte für die Brutto-Kaltnieten, soll dabei der Richtwert für die Anerkennung der Heizkosten unverändert bei 1,23 €/m<sup>2</sup> belassen werden.

Dies führt nach Auffassung der Kreistagsfraktion DIE LINKE/ UWG zu einer Fortsetzung der massiven Benachteiligung von Sozialleistungs-Beziehenden im Salzlandkreis. Denn bereits bei der Festlegung des Richtwertes im August 2012 ist offensichtlich die vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) empfohlene Methodik nicht angewandt worden. So heißt es in der „Arbeitshilfe zur Bestimmung der angemessenen Aufwendungen der Unterkunft im Rahmen kommunaler Satzungen“, dass „die Heizkosten aufgrund der wesentlich heterogeneren Einflussfaktoren i. d. R. eine deutlich breitere Streuung aufweisen als die Betriebskosten.“ Aus diesem Grund sollte sich die Angemessenheitsgrenze nicht am Mittelwert orientieren, „sondern oberhalb des Mittelwertes liegen.“

Laut Mitteilungsvorlage M/397/2012/1 vom 30.08.2012 ist u.a. für Wohnungen bis 50 m<sup>2</sup> ein Durchschnittswert von 1,28 €/m<sup>2</sup> ermittelt worden. Die Richtlinie des Landkreises entsprach mit 1,23 €/m<sup>2</sup> somit von Anfang an nicht einmal dem Mittelwert, geschweige denn den Empfehlungen des Ministeriums.

Darüber hinaus weist auch das Bayerische Sozialministerium in seiner Handlungsempfehlung darauf hin, dass wegen der Deckelung der Brutto-Kaltniete die BezieherInnen überwiegend in Wohnungen „im unteren Marktsegment“ mit „tendenziell unterdurchschnittlichem Energiestandard“ leben. Aus diesem Grund spiegeln die für alle Wohnungen im Salzlandkreis ermittelten Werte nicht die für LeistungsbezieherInnen relevanten Bedingungen wider.

Da die Heizkosten „den größten Preissteigerungen“ unterliegen (BMVBS/ Analyse & Konzepte), hat der Gesetzgeber zudem eine jährliche Überprüfung festgelegt. Auch diese Vorgabe berücksichtigt der Landkreis mit seiner Vorlage nicht, ebenso wie die auch im Bundesheizspiegel vorgenommene und durch zahlreiche höchstgerichtliche Entscheidungen bestätigte Differenzierung nach Heizungsart und Gesamtfläche des Gebäudes.

Da die vom Landkreis verwendeten Werte also wegen der fehlerhaften Methodik

und wegen der nicht erfolgten jährlichen Neuermittlung einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten dürften, sind nach unserer Auffassung die Werte des Bundesheizspiegels im Salzlandkreis zugrunde zu legen.

Die dort für 2013 ermittelten Maximalwerte liegen – je nach Heizungsart und Gebäudefläche – zwischen 1,46 €/m<sup>2</sup> und 1,96 €/m<sup>2</sup> und somit zwischen 18,7 % und 59,4 % über der vom Salzlandkreis festgelegten Obergrenze! Für 1-Personen-Haushalte (bis 50 m<sup>2</sup>) würde das eine Anhebung der Angemessenheitsgrenze von derzeit 61,50 €/Monat auf 73 € - 98 €/Monat bedeuten.

Wir fordern deshalb den Landrat auf

1. einen kommunalen Heizspiegel analog dem Bundesheizspiegel erstellen und jährlich fortschreiben zu lassen,
2. bis zum Vorliegen des kommunalen Heizspiegels den jeweils aktuellen Bundesheizspiegel bei der Angemessenheitsprüfung anzuwenden und
3. bei der Landesregierung auf die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen zum Erlass einer kommunalen Satzung zu den Unterkunftskosten (§22a SGB II) hinzuwirken, die dann vom Kreistag zu beschließen ist.

*Christian Jethon, stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE/UWG*

## Bernburger Stadtratsfraktion vor Ort

Im März war die Bernburger Stadtratsfraktion getreu dem Motto „Ihre Meinung ist uns wichtig, Bürgernähe suchen, vor Ort“ wieder in den Ortsteilen der Saalestadt unterwegs.

Am 19. März besuchte die Fraktion, vertreten durch Ralf Prozell und Henriette Krebs, den Ortsteil Gröna, um sich vor Ort ein Bild von den Menschen und ihren Problemen zu machen. Straßen und Bürgersteige im Ort zeigten keine Mängel auf, die Grünanlagen waren überaus gepflegt und auch kein Müll war sichtbar. Da verwundert es nicht, dass Gröna vor der Eingemeindung 2009 den Titel „Schönste Dorf“ im Salzlandkreis gewann. Sichtbar stolz zeigten sich auch die Bewohnerinnen und Bewohner auf ihren schönen Ortsteil. Gravierende Probleme gäbe es eigentlich keine, so die Ansässigen. Die Busverbindung nach Bernburg funktioniere ausgezeichnet, sie haben in Eigeninitiative viele Vereine gegründet und bei Problemen haben sie einen kurzen Weg zum Bürgerbüro vor Ort. Es wurde auch ein konkreter Wunsch geäußert: ein abdeckbarer Sandkasten auf dem Kinderspielplatz. Eine Bit-



Foto: privat

Am Infostand in Gröna

te, welche die LINKEN Fraktionsmitglieder gerne weitertragen werden.

Am 26. März ging es dann in den Ortsteil Aderstedt. In der Zeit von 15.30 - 17.30 Uhr hatten interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, vor dem „Aderstedter Hof“ mit mehreren Mitgliedern der Fraktion ins Gespräch zu kom-

men.

Bürgernähe heißt nicht nur am Wahltag präsent zu sein. Sondern auch zwischen-durch. Das hat sich die Stadtratsfraktion auf die Fahnen geschrieben. Denn nur so kann man die Sorgen und Probleme der Ortsteile mitbekommen und verstehen zu lernen.

Im Anschluss an den Infostand nahmen die Fraktionsvertreter auf Einladung des Ortsbürgermeisters Mike Franzelius an der Sitzung des Ortschaftsrates teil.

Im Vorfeld dieser Sitzung wurde vom Ortsbürgermeister noch eine vor Ort Begehung des Aderstedter Hofes organisiert. Dabei wurden die Fraktionsmitglieder über den Stand der Baumaßnahmen und die weitere Planung informiert.

Wir möchten uns auf diesem Wege ganz herzlich für den freundlichen Empfang in beiden Orten und für die offenen Gespräche bedanken. Ein ganz besonderes Dankeschön geht an die Kinderfeuerwehr in Aderstedt, von denen wir mit selbstgebackenen Plätzchen überrascht wurden.

*Henriette Krebs und Carsten Marx*

# Bestattungsgesetz in Sachsen-Anhalt - noch zeitgemäß?

Am Mittwoch, dem 18.03.2015, befasste sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales im Landtag von Sachsen - Anhalt in seiner 51. Sitzung auf Initiative der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis `90 / Die Grünen mit der Anhörung zu der geplanten Reform des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes.

Dabei wurden einige Schwerpunkte, wie die nötigen gesetzlichen Änderungen zur Umsetzung der Bestattungsriten anderer Glaubensgemeinschaften, die Lockerung des Friedhofszwangs und der Sargpflicht, eine mögliche Einführung der 24-Stunden-Frist bei Bestattungen, eine Verbesserung im Umgang mit den sogenannten Sternen-

kindern und die Kontrolle und Zertifizierung von Grabsteinen, besonders intensiv diskutiert.

Einer Abschaffung der Sargpflicht stünde aus Sicht der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg und der Ärztekammer Sachsen-Anhalts nichts entgegen, wenn man die Hygienevorschriften befolgen würde. Bedenken gab es dahingehend, dass eine solche Regelung jedoch auch missbraucht werden und damit zu „Billigbestattungen“ einladen könne. Auch die Lockerung des Friedhofszwangs wurde als realistische Perspektive erkannt, wobei Uneinigkeit darüber herrschte, inwiefern Außenstehende dann noch die Möglichkeit zur individuellen Trauerbewältigung hätten. Die

24-Stunden-Frist bei Bestattungen wurde hinsichtlich verwaltungstechnischer Hindernisse kritisch diskutiert. Die Herkunftskontrolle von Grabsteinen wurde als notwendig erkannt, um der Kinderarbeit in Ländern wie Indien und China nicht weiteren Nährboden zu liefern. Über die Durchführung war man sich jedoch uneinig. Ein möglicher Weg sei eine Zertifizierung. Auch in der nächsten Zeit werden sich die Ausschüsse im Landtag von Sachsen-Anhalt mit der Novellierung des Gesetzes befassen, die zudem mit Sicherheit eine große und zentrale Aufgabe für die nächste Wahlperiode sein wird.

*Gritt Kumar, Mitarbeiterin der Landtagsfraktion DIE LINKE. Sachsen-Anhalt*

## Staßfurter Schüler der Grundschule Johann-Wolfgang von Goethe zu Besuch im Landtag



*Foto: privat*

*Die Besuchergruppe vor dem Landtag*

Am 25.03. 2015 besuchten die Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen der Staßfurter Grundschule Johann-Wolfgang von Goethe auf Einladung des MdL Bianca Görke den sachsen-anhaltischen Landtag. Vor dem Besuch nutzten die Lehrerinnen und SchülerInnen das Angebot einer kleinen Stadtführung zu den unmittelbaren Sehenswürdigkeiten am Magdeburger Domplatz. Interessiert lauschten sie den Informationen von Rita Demmel, Stadtführerin in Magdeburg und zufällig meine Tante. Sie schauten sich den imposanten

gotischen Dom an, versuchten sich im Labyrinthlaufen, warfen einen Blick auf die Elbe und natürlich bestaunten sie die farbige Pracht des Hundertwasserhauses. Stolz waren sie, dass sie bei Fragen zu den zwei wichtigsten Ottos der Stadt Magdeburg richtige Antworten geben konnten und auch so durchaus geschichtlich bereits gute Vorkenntnisse hatten. Es gelang Rita Demmel, die Kinder in ihren Bann zu ziehen und sie zu begeistern. Die Zeit verging wirklich wie im Flug. Bereits bei diesem Spaziergang konnten Fra-

gen über die Landtagsarbeit gestellt werden. Ob die Frage „Warum wird man Politikerin“ hinreichend beantwortet wurde, lasse ich dahin gestellt. Nach dem Rundgang durch das Parlamentsgebäude mit dem Plenarsaal und den vielen Sitzungszimmern gab es im Besucherraum auch einen kulinarischen Gruß aus dem Wahlkreisbüro. Die Kinder beendeten also bei selbstgebackenem Kuchen ihren interessanten Ausflug in die Landeshauptstadt.

*MdL Bianca Görke*



# Wer ist wo willkommen?

Würden Sie einem Aidskranken die Hand reichen? Würden Sie in einer Flüchtlingsunterkunft dieselbe Toilette nutzen wie die Flüchtlinge auch? Zumindest die zweite Frage kann ich für die Gemeinschaftsunterkunft in Schönebeck beantworten: Müssen Sie gar nicht, denn da gibt's einen „Strang“ (O-Ton) für die Asylsuchenden und einen verschlossenen für das Personal. Wo also beginnt Diskriminierung?

Am 30. März besuchten Wulf Gallert, Rosmarie Hein und Sabine Dirlich gemeinsam mit hiesigen Stadträten die Flüchtlingsunterkunft in Schönebeck – lange geplant und mit dem Landkreis Salzlandkreis als Betreiber abgestimmt.

Uns begleitete auch der Schönebecker Oberbürgermeister, Herr Knoblauch, sowie ein Tross an Medienvertretern. Die wurden, es lebe die Willkommenskultur, kurzerhand des Geländes verwiesen, da den Vertreter\_innen des Landkreises

wohl nicht geläufig ist, über solche Besuche medial zu informieren – und sei es auch positiv. Angst und Abschottung ist die Devise – warum? Im Gespräch, auch Vertreter\_innen zweier Hilfsorganisationen waren eingeladen, erfuhren wir die üblichen Fakten (sind auch auf der Homepage des Landkreises nachzulesen). Im Salzlandkreis leben derzeit ca. 4100 Ausländer\_innen, davon 1750 Flüchtlinge, zum Großteil aus der EU. In der Schönebecker Unterkunft leben derzeit 104 Flüchtlinge, eine Belegung bis zu 150 Personen ist möglich. Familien werden dezentral untergebracht, Einzelpersonen, meist Männer, in Gemeinschaftsunterkünften. Das große Dilemma ist, wie fast überall, die Finanzierung von Betreuungsangeboten, Integrations- und Sprachkursen. Hierbei gehen allerdings die Meinungen von Betreiber und Hilfsorganisationen weit auseinander. Die Motivation zur Hilfe

scheint die mentale Sehschärfe zu beeinflussen. Eingeschätzt wurde, dass die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen mit dem Landkreis verbessert werden kann, davon profitieren beide und somit hoffentlich die hier ankommenden Flüchtlinge.

Zuletzt will ich noch einen Gedanken aufwerfen. Brauchen wir eine Willkommenskultur, ohne die Ursachen von Flucht, Vertreibung und Armut in den Herkunftsländern der Asylsuchenden zu bekämpfen? Niemand verlässt grundlos Familie, Freunde, Umgebung. Die Gründe sind auszumerzen, aber daran sind weder die EU noch die USA interessiert. Ausgebeutet wird überall, wo ökonomische und politische Interessen überwiegen. Da muss unser Ansatz liegen.

*Ina Köhnkow, Wahlkreismitarbeiterin  
von Sabine Dirlich*

## Prof. Kaufmann beim Bernburger Erwerbslosenfrühstück



Foto: privat

Prof. Kaufmann im Gespräch

Einmal im Jahr ist beim Erwerbslosenfrühstück im Bernburger Bürgerbüro von Jan Korte und Birke Bull der Vorsitzenden des Mietervereins, Prof. Peter Kaufmann, zu Gast. Er erläutert Neuerungen im Mietrecht und steht für alle Fragen rund ums Wohnen zur Verfügung. Thema beim Frühstück am 30. März war das Gesetz zur sogenannten Mietpreisbremse, das in der vergangenen Woche nun auch im Bundesrat verabschiedet wurde.

Vermieter dürfen ab Mitte des Jahres bei Neuvermietungen die Miete nur auf 10 % über der ortsüblichen Kaltmiete erhöhen.

Leider gibt es auch dabei zahlreiche Ausnahmetatbestände. Da das Gesetz nur in Gegenden mit erhöhtem Wohnungsbedarf angewandt wird (die entsprechenden Städte werden von den jeweiligen Bundesländern ausgewiesen), wird es für Sachsen-Anhalt vermutlich keine Wirkung entfalten.

Es gibt darüber hinaus zwei Möglichkeiten, die Miete zu erhöhen:

1. Der Vermieter modernisiert die Wohnung und es können anschließend 11 % der Aufwendungen auf die Jahresmiete aufgeschlagen werden.

2. Der Vermieter weist innerhalb des Ortes 3 Wohnungen mit vergleichbarer Ausstattung nach, deren Quadratmeterpreis höher ist, dann kann er bis zu 20 % der Kaltmiete erhöhen. Das Problem: Bei Neuvermietungen kann die Miete neu angesetzt werden. Dadurch können die Mietpreise selbst im gleichen Haus höchst unterschiedlich sein. Es finden sich also relativ schnell 3 Wohnungen, die eine Mietpreiserhöhung begründen lassen. Diese Möglichkeit wird auch im Salzlandkreis häufig genutzt.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es für Kommunen extrem wichtig ist, den kommunalen Wohnungsbestand zu halten, um überhaupt noch Stadtplanung betreiben, oder Einfluss auf soziale Faktoren in den Mietverhältnissen nehmen zu können. Auch Entscheidungen wie z.B. die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen sind mit einem kommunalen Wohnungsmarkt in der Hinterhand leichter zu treffen und durchzusetzen. Schlechte Erfahrungen mit dem Verkauf an sogenannte „Heuschrecken“ haben andere Kommunen zur Genüge gemacht, so dass hoffentlich in Zukunft alle anderen gewarnt sind.

*Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin von  
MdL Birke Bull*

## Bundestagsmobil und Scheckübergabe in Bernburg

Das Infomobil des Deutschen Bundestages konnte im März auch in Bernburg besucht werden. Drei Mitarbeiter des Bundestages waren in dem großen Truck, der auf dem Karlsplatz der Saalestadt stand, für alle Fragen rund um das Parlament ansprechbar.

Zusammen mit seinem Wahlkreiscollegen Kees de Vries war Jan Korte persönlich zur Eröffnung des Mobils vor Ort. Gemeinsam mit den Bundestagsmitarbeitern begrüßten die beiden die interessierten Bernburger und Bernburgerinnen und die zahlreich erschienenen Schülerinnen und Schüler. Auch Bernburgs Oberbürgermeister Henry Schütze gehörte zu den ersten Gästen. Jan Korte lobte in einer kurzen Ansprache das umfangreiche Angebot in dem Infomobil und rief dazu auf, dieses in den nächsten Tagen intensiv zu nutzen. „Nicht jeder hat die Chance, vor Ort in Berlin, einen Einblick in das Parlament zu gewinnen. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass der Bundestag in dieser Form zu den Bürgerinnen und Bürgern in die Wahlkreise kommt“, so der Abgeordnete. In dem Truck, der drei Tage lang für alle Interessierten zugänglich war, konnte u. a. ein breites Angebot an Videos, Audiobei-



Foto: privat

Gespräch im Infomobil des Bundestages

trägen und Texten angeschaut, angehört und mitgenommen werden.

Direkt nach der Eröffnung konnte Jan Korte eine weitere Initiative in seinem Wahlkreis Anhalt mit einem Scheck vom Fraktionsverein der LINKEN im Bundestag unterstützen. Auf dem Karlsplatz nahm Prof. Erich Buhmann vom Kultur Markt Bernburg Verein eine Spende in Höhe von 300 € entgegen. Der Kulturmarkt wurde bereits drei Mal als nichtkommerzielles Festival zur Begrüßung der neuen Bernburger Studentinnen und Studenten zum

Semesterstart auf dem Markt der Saalestadt durchgeführt.

Bei der Scheckübergabe berichtete Prof. Buhmann von den Plänen für die 4. Auflage des Kulturmarktes, die am 16. und 17. Oktober stattfinden wird. Unter dem Motto „Mit allen, für alle“ sollen sowohl sozial Schwache und Migrantinnen und Migranten, als auch Studentinnen und Studenten in die Vorbereitung und Durchführung miteinbezogen werden.

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter  
MdB Jan Korte

## Frauentagsfeier in Könnern

Genau am 8. März, zum Internationalen Frauentag hatte DIE LINKE in Könnern nunmehr zum 8. Mal zur Frauentagsfeier in die „Gelbe Rose“ eingeladen.

Im Vorfeld bahnte sich ein wahrer Ansturm auf die inzwischen sehr begehrten Sitzplätze an, so dass noch zusätzlich viele Stühle organisiert werden mussten. So war die Gaststätte bis auf den letzten Platz besetzt. Es gab wieder selbstgebackenen Kuchen, und wir Männer schenkten sehr zur Freude der Frauen dazu wieder den Kaffee ein. Wie bereits im letzten Jahr, brachte die Blaskapelle „Melonas“ die Frauen mit ihrer Musik und witzigen Einlagen schnell in Stimmung. Es wurde kräftig geschunkelt, gelacht und mitgesungen. Die Stim-

mung wurde aber auch von einigen der anwesenden Frauen mit ihren witzigen Einlagen selbst in die Höhe getrieben, allen voran wieder durch Karin Minuth. Die Stimmung zum Kochen brachten dann aber unsere Überraschungsgäste aus Gerbstedt. Mutter und Tochter präsentierten eine lustige Nostalgie-Modenschau mit passender Musik. Lustig sahen sich die anwesenden Damen an selbst Erlebtes erinnert.

Sie bedankten sich nicht nur für den lustigen, rundum gelungenen Nachmittag, sondern auch dafür, dass wir mit ihnen an den Tag der erkämpften Frauenrechte erinnern. Das ist in der heutigen Gesellschaft nicht selbstverständlich. Gern denken sie an die Frauentagsfeiern

in den Betrieben und gesellschaftlichen Institutionen der DDR zurück, als Anerkennung ihrer geleisteten Arbeit und Kindererziehung.

Zum Abschied überreichte ich wieder allen Frauen eine rote Rose. Mit Freude nahmen sie diese entgegen und sagten, dass es wieder eine schöne Feier war und sie nächstes Jahr gern wieder kommen.

Ich bedanke mich im Namen aller anwesenden Frauen bei den Organisatorinnen Karin Schaarschmidt, Martina Schaar und allen fleißigen HelferInnen sowie den Frauen für ihre selbstgebackenen, leckeren Kuchen.

Hilmar Schramm, BO Könnern

## Seniorenkolleg in Bernburg

In der letzten Parteiversammlung habe ich in einem Gespräch aufgeschnappt, dass es ein Seniorenkolleg gibt. Ich bin ins Internet gegangen und habe mich erkundigt. Als ich das erste Mal hineinkam in die Schule, sah ich einen vollen Saal in dem sich viele Senioren unterhielten. Es ging damals um Grünflächen, die zum Beispiel durch bestmögliche Düngung und regional bezogenes Saatgut besser wachsen und mehr Ertrag bringen. Drei Frauen führten durch die Bildungsveranstaltung. Bei dem nächsten Vortrag ging es um den Sil-

berbergbau in Sachsen-Anhalt, der früher in Neudorf im Harz am Birnbaumteich stattgefunden hat.

Dann habe ich einen Vortrag über das bessere Auffinden von Antworten mit Hilfe von Suchmaschinen besucht.

Der letzte Vortrag behandelte den Bergbau im Salzlandkreis. Man erzählte uns, dass der Salz- und Braunkohlebergbau und der Kalk-Kies- und Steinbruch zu den häufigsten Bergbauarten im Salzlandkreis gehören, wobei man auf Steinsalz und Braunkohle näher einging. Au-

Berdem zeigte man noch eine alte Karte von Staßfurt über die chemische Industrie, die Bahnschienen und anderer Industriezweigen, die durch den Rohstoffabbau entstanden sind. Das Seniorenkolleg findet 14 täglich Donnerstags statt. Jeder Vortrag war interessant, und ich freue mich schon auf den nächsten, obwohl er keinen unmittelbaren Nutzen für mich hat da ich Erwerbsunfähigkeitsrentnerin bin.

Angela Plättner, BO Bernburg Talstadt

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
April  
recht herzlich**

zum 86. Geburtstag  
Oskar Wohlgemuth

zum 85. Geburtstag  
Werner Schulze

zum 84. Geburtstag  
Hartmut Kegler

zum 83. Geburtstag  
Friedrich Schütz

zum 81. Geburtstag  
Horst Lippert  
Horst Wank

zum 65. Geburtstag  
Karl-Heinz Klix

zum 60. Geburtstag  
Regina Koblischke

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
April Geburtstag haben.**



Die **LINKE Woche der Zukunft** vom **23.04.2015 bis 26.04.2015 in Berlin** bietet 80 Veranstaltungen in 4 Tagen. Vorträge, Strategiewerkstätten, Vernetzungstreffen, Kultur, Stadtpaziergänge. Ideen, Diskussionen und Erfahrungen aller Interessierten sind gefragt! (Für mehr Informationen siehe auch Titelseite dieser Ausgabe)

**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am **29.04.2015 um 18 Uhr** im Fraktionsbüro in Staßfurt.

**Wir sind die Opposition**

Vortrag und Diskussion mit **MdB Dietmar Bartsch**, 1. stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Deutschen Bundestag, und **MdB Jan Korte**, stellv. Fraktionsvorsitzender, am **12.05.2015 um 18 Uhr** im Metropol Bernburg (Schloßstraße 20)

**Gesprächsrunde anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung** des deutschen Volkes vom Faschismus, am **05.05.2015 ab 16:30 Uhr** im Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b).

Anlässlich des **70. Jahrestages der Befreiung** vom Faschismus findet am **09.05.2015 um 10:00 Uhr in der Gaststätte „Zum Schwarzen Bär“ in Güsten** eine **Buchlesung mit Raja Lubinetzki** statt. Die Buchautorin setzt sich in ihrem Werk mit dem kommunistischen Spanienkämpfer, Walter Munke, der 1942 im KZ Mauthausen ermordet wurde, auseinander. Wer er war und was er getan hat, ist vielen relativ unbekannt. Viele Unterlagen wurden von den Nazis vernichtet, die restlichen verbliebenen Dokumente und Zeugnisse hat die Autorin, eine Nichte Munkes, zusammengetragen und als Buch veröffentlicht. Darunter befinden sich Erzählungen, Fotos und Berichte von Zeitzeugen, die mit Munke im spanischen Bürgerkrieg gekämpft haben. Am 9. Mai wird sie das Buch **„Walter Munke – Zweimal um die Ecke“** vorstellen. Kommunale Mandatsträger der **LINKEN. Saale-Wipper und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.** laden dazu herzlich ein. Bereits um **9:30 Uhr** gedenkt der Ortsverband der LINKEN. Saale-Wipper auf dem **alten Friedhof in Güsten** am Grab Walter Munkes den Opfern der „nationalsozialistischen“ Terrorherrschaft mit einer **Kranzniederlegung**.

**„Kaffee mit Links“**

Am **13.05.2015 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Bürgerbüro ins Gespräch zu kommen.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der **04. Mai 2015**.  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der **09. April 2015**.

**DIE LINKE am 1. Mai in SLK:**

**Bernburg:** DGB-Kundgebung ab 10 Uhr auf dem Karlsplatz  
**Schönebeck:** Traditionelles Fest auf dem Bierer Berg ab 11 Uhr  
**Staßfurt:** Politfrühshoppen am Löderburger See ab 10 Uhr, Teilnahme am Kirschblütenfest ab 10 Uhr  
**Aschersleben:** DGB-Kundgebung ab 10 Uhr auf dem Holzmarkt  
**Güsten:** Politfrühshoppen ab 10 Uhr in der Schloss-Schänke Plötzkau  
**Könnern:** Kundgebung mit SPD und den Gewerkschaften vor der Gaststätte „Zum Bock“ ab 10:30 Uhr

**Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung**

Am **08.05.2015 um 16:30 Uhr** am Mahnmal auf dem Martinsplatz in Bernburg.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/ UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Am **20.04.2015 ab 18:00 Uhr** im Fraktionsbüro in Staßfurt. Bereits ab 16 Uhr wird es eine Bürgersprechstunde mit Wolfgang Weißbart geben.

**Aufruf zur Mitarbeit!**

**DIE LINKE Zeitung möchte möglichst ausgewogen aus allen Regionen des Salzlandkreises berichten und sucht deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeitswirksame Aktion, Stellungnahmen, geschichtliche Betrachtung, Beiträge aus der Kommunalpolitik usw.. Wir freuen uns über Zuarbeiten aus allen Bereichen. Interessenten nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion.**

**DIE LINKE ZEITUNG**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis  
www.dielinke-salzlandkreis.de  
dielinke-salzlandkreis@t-online.de  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden